

usual“ – zurückzukehren und betonen mit zynischem Gleichmut, daß die Politik der (wirtschaftlichen) Reformen weitergeführt werde. Ihre Kalkulation, damit gegenüber den Staaten des Westens durchzukommen, scheint sogar aufzugehen. Die bisherigen Reaktionen der Politiker in den USA und Europa blieben auffallend zurückhaltend und lassen nicht erkennen, daß sie konkrete politische und wirtschaftliche Maßnahmen ergreifen könnten. Auf dem wirtschaftlichen Sektor wird es zu gewissen Ausfällen kommen. Aber auch hier scheint die Tendenz vorzuherrschen, sich den großen Markt „China“ nicht entgehen zu lassen und – vielleicht vorsichtiger als bisher – doch weiter zu investieren.

Waren die Tage von Peking nicht mehr als eine Episode, die abgehakt und erledigt werden muß? Die weltweite Anteilnahme und der Schock, den die Ereignisse auslösten, hat das Chinabild des Auslands nachhaltig erschüttert. Es wurde deutlich, daß das Ausmaß der Reformpolitik und seine allgemeine Verbreitung im Denken des chinesischen Volkes wohl überschätzt worden ist. Die Parolen der Studenten fanden ihren Widerhall bei der Bevölkerung der größeren Städte, und es gab durchaus die Anfänge einer ernst zu nehmenden politischen Bewegung. Auch innerhalb der Partei gab es viele Sympathisanten. Aber noch einmal hat der Apparat gesiegt, und die Ideologen haben sich durchgesetzt.

Im Innern Chinas haben die Kommunistische Partei und die Befreiungsarmee wohl das letzte Vertrauen verspielt. Die Kampagne gegen die Konterrevolution kann Haß und Verbitterung schüren, aber keine neuen Impulse freisetzen. Neben der Verfolgung der Intellektuellen und aller, die westliches „bourgeois Gedankengut“ verbreiten, werden auch die Kirchen von der Repression betroffen sein. Während der Studentenproteste hat die Katholische Patriotische Vereinigung durch Statements des Generalsekretärs *Liu Bainian* vorsichtig taktiert und die Anliegen der Studenten zwar positiv bewertet, ihre Methoden jedoch abgelehnt. Liu hatte zum Gebot um eine friedliche Einigung aufge-

rufen. Die Stellungnahme des chinesischen Christenrats durch den Präsidenten *K. H. Ding* unterstützte die Studentenbewegung eindeutig, sprach von „patriotischer Aktivität“ und betonte, daß auch Christen aktiv beteiligt seien (*UCA-News*, 31.5.89).

Die Auswirkungen des politischen Erdbebens der letzten Tage und Wochen werden in China noch lange zu spüren sein. Wie sie auch die Religionsgemeinschaften, vor allem auch die kleinen christlichen Gemeinschaften, zu spüren bekommen werden, ist gegenwärtig nicht auszumachen. Fürs erste scheint eine neue Eiszeit bevorzustehen, die viele hoffnungsvolle Entwicklungen und Initiativen abbricht. Bis in die letzten Tage hinein konnte man in China immer wieder hören: *Eine Kulturrevolution ist genug*. Eine solche Zeit der ideologischen Verirrung und Verwüstung wird es in China nicht mehr geben. – Trotz der deprimierenden Erfahrung der letzten Tage möchte man hoffen, daß wenigstens dieser Satz Bestand hat. *ev*

Signale

Das Ergebnis der Wahl zum Europaparlament

Nicht nur Politiker, sondern auch Bischöfe hatten vor der dritten Direktwahl zum Europaparlament ihre Mitbürger eindringlich dazu aufgefordert, ihre Stimme abzugeben. Die Appelle weder der einen noch der anderen fielen auf besonders fruchtbaren Boden: Zwar lag die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik etwas höher als 1984, aber insgesamt zeigte sich, daß das europäische Parlament immer noch für viele Wähler eine unbekanntere oder wenig geschätzte Größe darstellt. Daß das jetzt gewählte Parlament über die Zäsur der Verwirklichung des Binnenmarkts Anfang 1993 hinaus im Amt sein wird, haben offenbar viele EG-Europäer nicht hinreichend bedacht. Ungeachtet seiner beschränkten Kompetenzen, wird das Straßburger Parlament beim

Weg zum Binnenmarkt ein gewichtiges Wort mitzureden haben.

Ob und wie sich dabei die Tatsache auswirkt, daß die Linksparteien ihre Position im Europaparlament ausbauen konnten, bleibt abzuwarten. Ein deutliches Signal haben die europäischen Wähler vielerorts durch ihre Stimmabgabe für *grüne Parteien* gesetzt. Nicht nur in der Bundesrepublik, dem deshalb noch vor Jahren vielfach „draußen“ beargwöhnten Mutterland der grünen Bewegung, sondern auch andernorts ist die ökologische Sensibilität offensichtlich gestiegen, will man kein Wirtschaftswachstum auf Kosten der Umwelt.

Auf der rechten Seite des parteipolitischen Spektrums fällt neben dem erneuten Erfolg des französischen „Front national“ natürlich vor allem der Einzug der bundesdeutschen Republikaner ins europäische Parlament ins Auge. Ob die Republikaner auch bei der kommenden Bundestagswahl so mühelos den Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde schaffen, ist damit noch längst nicht gesagt. Trotzdem liefert aber das deutsche Ergebnis der Europawahl einen weiteren deutlichen Beleg dafür, daß die klassischen Milieus der großen Volksparteien weiterhin in Auflösung begriffen sind, daß die Zahl der unbeirrbar Stammwähler zurückgeht und das Wahlverhalten insgesamt schwerer kalkulierbar wird.

Der Erfolg der Republikaner hat auch etwas mit *antieuropäischen Affekten* zu tun, die in der Bundesrepublik vielfach zu beobachten sind: Europa erscheint als überdimensioniertes und kompliziertes Gebilde, das man für alle möglichen Übel und Fehlentwicklungen verantwortlich machen kann. Hier ist nicht nur, aber gerade auch in der Bundesrepublik in nächster Zeit noch viel politische Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit zu leisten. Nicht zuletzt im Blick auf die Demokratisierungsprozesse in Osteuropa gilt es, nicht nur die positiven wirtschaftlichen Auswirkungen der europäischen Integration herauszustellen, sondern auch Leitideen wie Freiheit, Solidarität und Pluralität, die Markenzeichen Europas sind, und so gegen Ängste und Vorurteile anzugehen. *ru*